

## Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Abkürzungs- und Gesetzesverzeichnis . . . . .	XXIX
<i>Kapitel 1: Einleitung</i> . . . . .	1
A. Dogma von der unbegrenzten Zahlungsfähigkeit des Staates . . . . .	1
B. Widerlegung in der Wirklichkeit . . . . .	2
C. Fehlen spezifischer Regelungen für die finanzielle Krise der öffentlichen Hand . . . . .	7
D. Insolvenz der öffentlichen Hand im bisherigen Schrifttum . . . . .	7
E. Gang der Darstellung . . . . .	13
F. Nutzen und Grenzen rechtswissenschaftlicher Betrachtung . . . . .	14
<i>Kapitel 2: Finanzielle Krise der öffentlichen Hand als rechtlicher Begriff</i> . . . . .	16
A. Ungeeignetheit der herkömmlichen Begriffe . . . . .	16
B. Finanzielle Krise als Prozess . . . . .	23
C. Folgerungen für diese Arbeit . . . . .	28
<i>Kapitel 3: Zahlungsunfähigkeit der Verwaltung</i> . . . . .	29
A. Zahlungsunfähigkeit als Instrument zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit . . . . .	29
B. Haushaltsrechtliche Zahlungsunfähigkeit . . . . .	30
C. Zwangsvollstreckung gegen die öffentliche Hand. . . . .	55
D. Funktionen des Haushalt- und Zwangsvollstreckungsrechts . . . . .	94
<i>Kapitel 4: Bewältigung finanzieller Krisen von Verwaltungstrabanten</i> . . . . .	98
A. Selbständige Haftung von Verwaltungseinheiten . . . . .	98
B. Aufsichtsrechtliche Krisenbewältigung . . . . .	110

C. Einstandspflichten Dritter . . . . .	130
D. Sanierung unter Gläubigerbeteiligung . . . . .	157
E. Abwicklung juristischer Personen des öffentlichen Rechts. . . . .	191
F. Folgen des Fehlens einer Regelung . . . . .	215
G. Bewältigungsverantwortung des Gesetzgebers . . . . .	243
 <i>Kapitel 5: Bewältigung finanzieller Krisen des Staates . . . . .</i>	 245
A. Staatliche Finanzkrise als effektive und normative Leerstelle . . . . .	245
B. Prämissen der Untersuchung . . . . .	263
C. Bewältigung finanzieller Staatskrisen . . . . .	269
 <i>Kapitel 6: Bewältigung finanzieller Krisen in bündischen Systemen . . . . .</i>	 364
A. Krisenbewältigung im Verbund von Staaten. . . . .	364
B. Bewältigung finanzieller Krisen im deutschen Bundesstaat . . . . .	372
C. Bewältigung finanzieller Krisen in der Europäischen Union . . . . .	438
D. Bündische Systeme als Mittel und Grenze der Bewältigung finanzieller Krisen . . . . .	460
 <i>Kapitel 7: Deutsche Finanzkrise und internationale Verbindlichkeiten . . . . .</i>	 462
A. Internationale Verbindlichkeiten und ihre Verbindlichkeit . . . . .	462
B. Fehlende Institutionen völkerrechtlicher Krisenbewältigung . . . . .	475
C. Nationale Finanzkrise und internationales Recht. . . . .	484
D. Immunität als Schutz. . . . .	509
E. Begrenztheit der rechtlichen Bewältigung finanzieller Krisen von Staaten auf internationaler Ebene . . . . .	532
 <i>Kapitel 8: Öffentlichrechtliche Insolvenz als Rechtsfrage. . . . .</i>	 533
A. Zusammenfassung der Arbeit . . . . .	533
B. Aufgabe, Grenzen und Möglichkeiten des Rechts in der finanziellen Krise der öffentlichen Hand. . . . .	550
 Schrifttumsverzeichnis. . . . .	 553
Sachverzeichnis . . . . .	583

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht. . . . .	VII
Abkürzungs- und Gesetzesverzeichnis . . . . .	XXIX
Kapitel 1: Einleitung . . . . .	1
<i>A. Dogma von der unbegrenzten Zahlungsfähigkeit des Staates . . . . .</i>	1
<i>B. Widerlegung in der Wirklichkeit . . . . .</i>	2
<i>C. Fehlen spezifischer Regelungen für die finanzielle Krise der öffentlichen Hand . . . . .</i>	7
<i>D. Insolvenz der öffentlichen Hand im bisherigen Schrifttum. . . . .</i>	7
I. Schrifttum bis 1918 . . . . .	8
II. Schrifttum in der Weimarer Zeit und im Nationalsozialismus . . . . .	8
III. Schrifttum nach dem II. Weltkrieg. . . . .	10
<i>E. Gang der Darstellung . . . . .</i>	13
<i>F. Nutzen und Grenzen rechtswissenschaftlicher Betrachtung . . . . .</i>	14
Kapitel 2: Finanzielle Krise der öffentlichen Hand als rechtlicher Begriff. . . . .	16
<i>A. Ungeeignetheit der herkömmlichen Begriffe. . . . .</i>	16
I. Wertungsschwere des Bankrotts . . . . .	16
II. Unschärfe des Begriffs der Insolvenz . . . . .	18
1. Verwendung im Gesetz . . . . .	18
2. Oberbegriff zu Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung. . . . .	19
3. Unbestimmbarkeit der Insolvenz der öffentlichen Hand. . . . .	20
III. Fehlende Eignung der zivilrechtlichen Begriffe . . . . .	23

<i>B. Finanzielle Krise als Prozess</i> . . . . .	23
I. Begriff der Krise im Recht . . . . .	23
II. Haushaltsbezogene Störungen im staatlichen Binnenbereich . . . . .	24
1. Haushaltskrise . . . . .	25
2. Extreme Haushaltsnotlage. . . . .	26
III. Finanzieller Notstand . . . . .	27
<i>C. Folgerungen für diese Arbeit.</i> . . . . .	28
<b>Kapitel 3: Zahlungsunfähigkeit der Verwaltung</b> . . . . .	29
<i>A. Zahlungsunfähigkeit als Instrument zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit</i> . . . . .	29
<i>B. Haushaltsrechtliche Zahlungsunfähigkeit</i> . . . . .	30
I. Haushaltsplanerische Unsicherheit und Rechtsbindung des Haushaltsvollzugs. . . . .	31
1. Plan und Wirklichkeit . . . . .	31
2. Sicherungs- und Begrenzungsfunktion des Haushalts . . . . .	32
3. Trennung von materiellem Anspruch und Haushaltsrecht als Ausdruck des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	33
II. Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Krisenbewältigung der Verwaltung. . . . .	35
1. Haushaltsumschichtungen. . . . .	35
2. Einnahmesteigerung und Gesamthaushalt. . . . .	36
3. Ausgabenminimierung. . . . .	38
a) Ausgabenmittelbewirtschaftung und materielles Recht. . . . .	38
b) Aufgabenkritik und Vorrang des Gesetzes . . . . .	38
c) Senkung von Verwaltungsausgaben und Personalwesen . . . . .	40
d) Unbedingte Leistungspflicht und gesetzliche Haushaltsvorbehalte . . . . .	42
e) Haushaltslage und Ermessen. . . . .	44
f) Aufhebung von Verwaltungsakten aufgrund kritischer Haushaltslage . . . . .	45
4. Finanzielle Amtshilfe, Haushaltshilfe . . . . .	46
III. Signalisierung der finanziellen Krise an übergeordnete Ebenen . . . . .	49
1. Vorgesetzte (Aufsichts-)Behörde und Fachminister . . . . .	50
2. Finanzminister . . . . .	51
a) Unterrichtsrechte und Berichtspflichten . . . . .	51
b) Haushaltssperre . . . . .	52

c) Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben . . . . .	52
3. Parlamentsebene (Haushaltsgesetzgeber) . . . . .	53
IV. Haushaltskrisenbewältigung durch haushaltsrechtliche Zahlungsunfähigkeit und Einbindung der übergeordneten Ebene . . . . .	54
C. <i>Zwangsvollstreckung gegen die öffentliche Hand</i> . . . . .	55
I. Vollstreckungsmöglichkeit als Ausfluss der Rechtsstaatlichkeit. . .	57
II. Mehrzahl von Vollstreckungsregelungen . . . . .	61
1. § 882a ZPO . . . . .	62
2. § 170 VwGO und § 152 FGO . . . . .	63
3. Sonderregelungen für öffentlichrechtliche Finanzdienst- leistungsinstitute . . . . .	64
4. Kommunalrechtliche Sonderregelungen nach § 15 Abs. 1 Nr. 3 EGZPO . . . . .	65
III. Einzelelemente der Vollstreckungsregelungen . . . . .	67
1. Beschränkung auf den Vollstreckungsschuldner . . . . .	68
2. Beschränkung der Vollstreckungsgegenstände . . . . .	69
a) Umfang des zwangsvollstreckungsfreien Vermögens . . . . .	70
aa) Unentbehrlichkeit für Erfüllung öffentlicher Aufgaben	71
bb) Entgegenstehen eines öffentlichen Interesses . . . . .	74
cc) Weitere Ausnahmen . . . . .	75
b) Geldvermögen und Forderungen der öffentlichen Hand . .	77
aa) Bargeld. . . . .	78
bb) Forderungen . . . . .	79
(1) Zivilrechtliche Forderungen . . . . .	79
(2) Öffentlichrechtliche Forderungen . . . . .	80
(3) Buchgeld . . . . .	82
cc) Veraltetes Schutzmodell . . . . .	83
c) Gesellschaftsanteile und Immaterialgüter . . . . .	83
d) Sonderregelung für die Zwangsvollstreckung gegen Kommunen . . . . .	84
e) Finanziell und politisch taugliche Zwangsvollstreckungs- gegenstände . . . . .	85
3. Anzeigevorbehalt und Zulassungsverfügung . . . . .	86
a) Anzeigepflichten . . . . .	86
b) Zulassungsverfügung der (Kommunal-)Aufsicht . . . . .	87
c) Einschaltung der höheren staatlichen Ebene im Streitfall. .	87
d) Zwangsvollstreckungsverfahren als Signalgeber . . . . .	88
4. Fristen . . . . .	88
5. Person des Gerichtsvollziehers . . . . .	90

6. Fehlen weiterer ausdrücklicher Verfahrensregeln . . . . .	90
7. Vollstreckungsrechtliche Varianten ohne wesentlichen rechtspraktischen Unterschied . . . . .	91
IV. Veraltetheit und teilweise Unangemessenheit der Zwangs- vollstreckungsregelungen . . . . .	91
1. Beschränkung der Gläubigerrechte in der Zwangs- vollstreckung . . . . .	91
2. Nichtberücksichtigung der sozialen Situation des Gläubigers	92
3. Übertragung aufsichtsrechtlicher Informationspflichten . . .	93
4. Unvollkommener Schutz für die geldlich handelnde Verwaltung . . . . .	93
<i>D. Funktionen des Haushalt- und Zwangsvollstreckungsrechts . . . . .</i>	<i>94</i>
I. Sicherung der Zahlungsfähigkeit und Funktionsfähigkeit. . . . .	94
II. Forderungserhalt. . . . .	94
III. Signalgebung an die übergeordnete Ebene . . . . .	95
IV. Verfahrensrechtlich abgefederter Vorrang des Vollstreckungs- rechts vor dem Haushaltsrecht . . . . .	96
 Kapitel 4: Bewältigung finanzieller Krisen von Verwaltungstrabanten . . . . .	 98
<i>A. Selbständige Haftung von Verwaltungseinheiten . . . . .</i>	<i>98</i>
I. Rechtliche Verselbständigung von Verwaltungsträgern . . . . .	99
1. Verfassungsrechtliche Neutralität und verfassungsrechtliche Grenzen . . . . .	99
2. Vorgaben übergeordneter Normebenen . . . . .	101
II. Haftungsbeschränkung durch rechtliche Verselbständigung . . .	102
1. Allgemeine Gründe für eine organisatorische Verselbständigung . . . . .	102
2. Haftungsbeschränkung als Zweck und Folge . . . . .	103
3. Ausfall als Möglichkeit. . . . .	108
4. Faktisches Entstehen und rechtliches Entstehenmüssen . . . .	109
 <i>B. Aufsichtsrechtliche Krisenbewältigung . . . . .</i>	 <i>110</i>
I. Begriff und Arten der Aufsicht. . . . .	110
1. Leitungsgewalt als umfassende Aufsicht . . . . .	111
2. Reichweite der Aufsicht . . . . .	112
a) Fachaufsicht und Rechtsaufsicht. . . . .	112

b) Unterschiedliche Eingriffsschwellen für die Aufsicht . . . . .	113
3. Funktion und Zweck der Aufsicht . . . . .	114
II. Aufsichtsmittel . . . . .	115
1. Einzelne Instrumente . . . . .	115
a) Informierung, Anzeige- und Unterrichtungspflichten . . . . .	116
b) Beratung . . . . .	117
c) Haushalts- und Kreditgenehmigung . . . . .	118
d) Zulassung der Zwangsvollstreckung . . . . .	119
e) Beanstandung . . . . .	119
f) Anweisung, Anordnung, Aufforderung . . . . .	120
g) Unmittelbare Durchsetzung . . . . .	120
h) Beauftragter . . . . .	122
i) Personal- und Disziplinarmaßnahmen . . . . .	122
j) Finanzausweisung . . . . .	123
k) Liquidation . . . . .	124
2. Gesamthafte Sanierungsverfahren . . . . .	124
a) Haushaltssicherungskonzept . . . . .	125
b) Unechtes aufsichtsrechtliches Verteilungsverfahren . . . . .	125
c) Sanierungsverfahren . . . . .	126
3. Rechtsschutz gegen Aufsichtsmaßnahmen . . . . .	126
4. Aufsichtshaftung . . . . .	127
a) Haftung gegenüber geschädigtem Dritten . . . . .	127
b) Haftung gegenüber Beaufsichtigtem . . . . .	128
III. Aufsicht als objektivrechtliches Krisenbewältigungsregime . . . . .	129
C. <i>Einstandspflichten Dritter</i> . . . . .	130
I. <i>Einstandspflicht der übergeordneten Ebene</i> . . . . .	130
1. <i>Vielfalt der Erklärungsansätze</i> . . . . .	131
2. <i>Einzelgesetzliche Regelungen von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung</i> . . . . .	133
a) <i>Keine sparkassenrechtlichen Regelungen mehr</i> . . . . .	134
b) <i>Kommunalrechtliche Finanzausstattungsgarantie</i> . . . . .	135
c) <i>Rundfunkrechtliche Funktionsgewährleistung</i> . . . . .	137
d) <i>Sozialversicherungsrechtliche Staatsgarantie</i> . . . . .	138
e) <i>Gesetzliche Regelungen einer Anstaltslast</i> . . . . .	141
aa) <i>Verselbständigte Sondervermögen</i> . . . . .	141
bb) <i>Anstalten</i> . . . . .	142
cc) <i>Stiftungen</i> . . . . .	143
dd) <i>Körperschaften</i> . . . . .	144
ee) <i>Anstaltslast nur unter Haushaltsvorbehalt</i> . . . . .	145
f) <i>Gesetzliche Regelung einer Gewährträgerhaftung</i> . . . . .	146

g) Keine allgemeine Einstandspflicht. . . . .	146
3. Einstandspflicht als Gewährleistungsverantwortung. . . . .	148
II. Verbandshaftung und Finanzausgleich . . . . .	148
1. Kommunen . . . . .	149
2. Rundfunk . . . . .	149
3. Sozialversicherung . . . . .	150
a) Solidaritätsprinzip und Finanzausgleich bei den Sozialkassen. . . . .	150
b) Gegenseitige Hilfe im Falle einer finanziellen Krise. . . . .	151
c) Einstandspflicht übergeordneter Verbände. . . . .	151
4. Stützungs- und Sicherungssystem der öffentlichen Banken . . . . .	152
5. Weite Verbreitung unterstaatlicher Finanzverbundsysteme . . . . .	152
III. Einstandspflicht nachgeordneter Verwaltungseinheiten. . . . .	153
IV. Einstandspflicht von Mitgliedern . . . . .	153
V. Einstandspflicht involvierter Nicht-Mitglieder. . . . .	156
VI. Prinzip der haftungsmäßigen Separierung als Risiko des Gläubigers . . . . .	156
 D. Sanierung unter Gläubigerbeteiligung . . . . .	 157
I. (Unechtes) aufsichtsrechtliches Planverfahren . . . . .	158
II. Sanierung nach Insolvenzordnung. . . . .	159
1. Insolvenzordnung und öffentliche Hand . . . . .	160
a) Insolvenzverfahrensfähigkeit im öffentlichen Recht. . . . .	160
aa) Insolvenzverfahrensfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts. . . . .	161
bb) Keine Insolvenzverfahrensfähigkeit nichtrechtsfähiger Verwaltungseinheiten . . . . .	162
cc) Eindeutige rechtskonstruktive Entscheidung . . . . .	164
b) Weitgehender gesetzlicher Ausschluss der Insolvenz- verfahrensfähigkeit . . . . .	164
aa) Bundesrechtlicher Ausschluss. . . . .	165
bb) Landesrechtlicher Ausschluss. . . . .	166
cc) Ausschluss durch Verfassungsrecht. . . . .	167
(1) Landesrechtliche Ausschlussmöglichkeit . . . . .	168
(2) Kirchen . . . . .	169
(3) Rundfunkanstalten. . . . .	170
(4) Hochschulen . . . . .	171
(5) Kommunen. . . . .	171
(6) Änderung der verfassungsrechtlichen Beurteilung unter der Insolvenzordnung . . . . .	172
dd) Ausschluss der Insolvenzordnung als bloße Nicht-Regelung. . . . .	173

c) Keine Verfassungsgebottenheit eines öffentlichrechtlichen Insolvenzverfahrens. . . . .	174
d) Teilweise Anwendung der Insolvenzordnung auf juristische Personen des öffentlichen Rechts . . . . .	175
aa) Öffentlichrechtliche Banken . . . . .	176
bb) Sozialversicherungsträger . . . . .	177
cc) Innungen und Kreishandwerkerschaften . . . . .	178
dd) Kammern . . . . .	179
2. Eignung und Begrenzung des Insolvenzverfahrens. . . . .	179
a) Fehlende Verfahrensregelungen . . . . .	180
b) Unbestimmbarkeit der Insolvenzlage . . . . .	180
c) Unbestimmbarkeit der Insolvenzmasse. . . . .	181
d) Zu geringe Insolvenzmasse. . . . .	182
e) Insolvenzverfahren und Verfassungsrecht . . . . .	182
aa) Beschränkung des Insolvenzverfahrens auf die Masse und die Lehre von den Pflichtenkreisen . . . . .	183
bb) Eigenverwaltung . . . . .	185
cc) Staatskommissar als Insolvenzverwalter. . . . .	186
dd) Planverfahren . . . . .	186
3. Grundsätzliche Eignung und geringe Attraktivität des Insolvenzverfahrens . . . . .	187
III. Rechtspolitische Perspektiven . . . . .	188
1. Ausweitung und Anpassung des Insolvenzverfahrens . . . . .	189
2. Übertragende Sanierung. . . . .	190
3. Kombination von Aufsichts- und Insolvenzrecht. . . . .	190
 E. <i>Abwicklung juristischer Personen des öffentlichen Rechts</i> . . . . .	 191
I. Bestandsaufnahme einer Vielfalt von Abwicklungsregelungen . .	191
1. Keine Abwicklung nach Insolvenzordnung . . . . .	191
2. Vorgängige Abwicklungsregelungen . . . . .	193
a) Sozialversicherungsrecht, insbesondere Gesetzliche Krankenversicherungen . . . . .	193
aa) Zusammenschluss . . . . .	193
bb) Schließung. . . . .	193
cc) Modifiziertes Insolvenzverfahren . . . . .	194
b) Sparkassen und öffentlichrechtliche Banken . . . . .	196
c) Kommunen . . . . .	196
d) Rundfunkanstalten . . . . .	197
e) Zweckverbände . . . . .	197
f) Sonstige Regelungen . . . . .	198
3. Abwicklung durch spezifisches Abwicklungsgesetz . . . . .	199

a) Entzug der Eigenschaft einer juristischen Person des öffentlichen Rechts . . . . .	199
b) Auflösungsgesetze. . . . .	200
c) Kriegsfolgenrecht . . . . .	201
II. Prinzipien der Abwicklung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts . . . . .	202
1. Gesetzesvorbehalt für Abwicklung. . . . .	202
a) Keine subjektive Existenzberechtigung. . . . .	203
b) Wesentlichkeitslehre . . . . .	203
c) Abwicklung als Enteignung . . . . .	204
d) Abwicklung als Einzelfallgesetz. . . . .	205
2. Verfahren der Abwicklung . . . . .	205
a) Fortbestand zum Zwecke der Abwicklung. . . . .	206
b) Beibehaltung der bestehenden Organe . . . . .	207
3. Liquidation oder Rechtsnachfolge . . . . .	207
a) Liquidation. . . . .	207
b) Gesamtrechtsnachfolge. . . . .	207
c) Kein Heimfall . . . . .	208
d) Sonderfall: Funktionsnachfolge . . . . .	209
III. Schicksal der Rechte und Verbindlichkeiten . . . . .	210
1. Forderungseigentum und Enteignung . . . . .	210
2. Soziale Belange . . . . .	212
a) Belange der öffentlich Bediensteten . . . . .	212
b) Berücksichtigung des Sozialstaatsprinzips . . . . .	213
3. Gleichheit . . . . .	213
IV. Spezifische Einzelfallregelung der Liquidation zur Bewältigung der finanziellen Krise . . . . .	214
<i>F. Folgen des Fehlens einer Regelung . . . . .</i>	<i>215</i>
I. Gesetzgeberisches Handeln. . . . .	216
1. Pflicht zur gesetzgeberischen Bewältigung . . . . .	217
a) Ausdrückliche grundgesetzliche Pflicht . . . . .	217
b) Schutzpflicht, Institutsgarantie und Untermaßverbot. . . . .	218
c) Keine Verfassungsgebundenheit von Abwicklungs- regelungen . . . . .	220
d) Nulloption . . . . .	221
2. Rechtsschutz und Gewaltenteilung . . . . .	221
3. Kein durchsetzbarer Primärrechtsschutz gegen gesetz- geberisches Unterlassen . . . . .	222
II. Staatshaftung. . . . .	223
1. Ansatzpunkte. . . . .	223

2. Untauglichkeit amtshaftungsrechtlicher Ansätze . . . . .	224
a) Haftung des Schuldners . . . . .	224
b) Haftung der Aufsichtsbehörde. . . . .	224
c) Keine Amtshaftung des Gesetzgebers . . . . .	224
Exkurs: Amtswalterhaftung . . . . .	225
d) Rechtliche und wirtschaftliche Aussichtslosigkeit der Amtshaftung . . . . .	226
3. Enteignung . . . . .	227
4. Kein Ausgleich für Inhalts- und Schrankenbestimmung . . .	227
5. Aufopferungsentschädigung . . . . .	228
a) Legislativakt als Eingriff . . . . .	228
b) Eingriff. . . . .	230
aa) Haftungsbeschränkung als Eingriff . . . . .	230
bb) Unterfinanzierung als Eingriff . . . . .	231
cc) Unterlassen der Abwicklung als Eingriff . . . . .	231
c) Rechtswidrigkeit staatlichen Handelns und Enteignungs- gleicher Eingriff . . . . .	232
aa) Ungleichbehandlung. . . . .	232
bb) Unterfinanzierung . . . . .	233
cc) Unterlassen einer Abwicklungsregelung. . . . .	233
d) Rechtmäßigkeit staatlichen Handelns und Enteignender Eingriff. . . . .	234
aa) Atypische und unvorhergesehene Folge . . . . .	235
bb) Sonderopfer . . . . .	236
e) Mitverschulden und Möglichkeit des Primärrechtsschutzes	236
f) Ausgleichpflichtiger. . . . .	236
g) Umfang des Entschädigungsanspruchs . . . . .	237
h) Aufopferungsanspruch des Gläubigers nur bei unverantwortetem Sonderopfer . . . . .	238
6. Sonderfall: Europarechtlicher Staatshaftungsanspruch bei fehlender Insolvenzsicherung von Entgeltansprüchen . . .	238
a) Besonderer Schutz der Arbeitnehmer. . . . .	239
b) Beamtenrechtliche Gewährträgerhaftung . . . . .	241
7. Staatshaftung als Auffangregelung und Hochzonung . . . . .	242
III. Konkordanz von gesetzgeberischem Primat und Opferausgleich	242
<i>G. Bewältigungsverantwortung des Gesetzgebers. . . . .</i>	243

Kapitel 5: Bewältigung finanzieller Krisen des Staates . . . . .	245
<i>A. Staatliche Finanzkrise als effektive und normative Leerstelle . . . . .</i>	<i>245</i>
I. Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer finanziellen Staatskrise . . . . .	245
II. Kein Ausschluss finanzieller Krisen aus der Natur des Staates . .	247
1. Keine unbegrenzte Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand	247
2. Kein Too Big to Fail und Unerheblichkeit einer Systemrelevanz des Staates. . . . .	248
III. Begrenzte Wirksamkeit von finanziellen Frühwarnsystemen. . .	250
1. Vielzahl von Frühwarnsystemen . . . . .	250
2. Haushalt . . . . .	250
a) Finanzplanung. . . . .	251
b) Haushaltskreislauf. . . . .	252
3. Haushaltsüberwachung durch Stabilitätsrat und nach Europarecht . . . . .	254
4. Gesetzesfolgen- und Gesetzeskostenabschätzung . . . . .	254
5. Schuldengrenzen als Frühwarnsysteme . . . . .	255
6. Nur begrenzte Wirksamkeit der Frühwarnsysteme . . . . .	256
IV. Unanwendbarkeit der Insolvenzordnung auf den Staat . . . . .	256
V. Finanzielle Krise und Notstandsverfassung . . . . .	258
1. Keine Anwendbarkeit der Notstandsverfassung auf finanzielle Krisen. . . . .	258
2. Keine spezielle Finanznotstandsverfassung . . . . .	259
3. Fehlende normative Vorsorge als kluge Zurückhaltung des Grundgesetzes . . . . .	260
VI. Primat der politischen Entscheidung . . . . .	262
<i>B. Prämissen der Untersuchung. . . . .</i>	<i>263</i>
I. Staatserhalt . . . . .	264
1. Staat als Voraussetzung rechtlicher Krisenbewältigung . . . .	264
Exkurs: Auflösung des Staates . . . . .	264
2. Sicherstellung grundlegender Staatsfunktionen. . . . .	266
II. Rechtsstaat als Voraussetzung rechtstaatlicher Krisenbewältigung. . . . .	267
III. Verfassungserhalt . . . . .	268
<i>C. Bewältigung finanzieller Staatskrisen . . . . .</i>	<i>269</i>
I. Finanzwirtschaftliche Dimension . . . . .	269
1. Auflösen von Rücklagen . . . . .	269

a) Konjunkturausgleichsrücklage. . . . .	270
b) Privatisierung . . . . .	271
c) Umwidmen von zweckgebundenem Vermögen . . . . .	272
2. Kreditaufnahme . . . . .	274
a) Kreditaufnahme bis zur Föderalismusreform II. . . . .	274
b) Kein grundsätzliches Kreditaufnahmeverbot . . . . .	275
aa) Europarechtliche Grenzen. . . . .	277
bb) Verfassungsrechtliche Grenzen . . . . .	279
c) Strukturelle Komponente und Kreditaufnahme im Haushaltsvollzug . . . . .	281
d) Konjunkturkomponente . . . . .	282
e) Kreditaufnahme in Krisensituationen. . . . .	282
aa) Kreditausweitung im Nachtragshaushalt . . . . .	283
bb) Notlagenkreditaufnahme . . . . .	283
cc) Kreditaufnahmemöglichkeiten außerhalb des Grundgesetzes . . . . .	284
(1) Aufnahme von Kassenkrediten. . . . .	284
(2) Kreditaufnahme über Sondervermögen . . . . .	285
(3) Keine Kreditaufnahme wegen extremer Haushaltsnotlage . . . . .	286
(4) Kreditüberschreitung. . . . .	288
dd) Keine Krisenfestigkeit der Kreditaufnahmegrenzen . . . . .	290
f) Äußerste Marktgrenzen statt enger Rechtsgrenzen . . . . .	290
3. Faktische statt rechtliche Grenzen finanzwirtschaftlicher Krisenbewältigung . . . . .	291
II. Organisationsdimension . . . . .	292
1. Änderung des Wirtschafts- und Sozialsystems . . . . .	292
a) Wahrung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts . . . . .	292
b) Verbot einer reinen Staatswirtschaft . . . . .	293
c) Inflation und andere Währungseingriffe . . . . .	295
2. Umbauten der Staats- und Verwaltungsorganisation . . . . .	297
a) Verfassungsorgane . . . . .	298
b) Verwaltungsaufbau und -ausstattung . . . . .	299
3. Öffentlicher Dienst. . . . .	300
a) Gegenseitige Treuepflichten . . . . .	300
b) Verzicht auf Gehalts- und Besoldungserhöhung. . . . .	300
c) Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst . . . . .	302
d) Entlassung von Staatsdienern . . . . .	304
4. Europarechtliche Vorgaben, Primat der politischen Entscheidung und Festigkeit des Personalblocks . . . . .	304
III. Materielle Dimension . . . . .	305
1. Abgabenerhöhung . . . . .	306

a) Nichtsteuerliche Abgaben . . . . .	306
aa) Vorzugslasten . . . . .	306
bb) Sonderabgaben, Sozialversicherungsabgaben und sonstige Abgaben . . . . .	308
(1) Sonderabgaben . . . . .	308
(2) Sozialversicherungsabgaben . . . . .	309
(3) Sonstige Abgaben. . . . .	310
cc) Potential des Gebührenstaats bei der Bewältigung finanzieller Krisen . . . . .	310
b) Steuern . . . . .	311
aa) Abschließender Katalog der Steuerarten. . . . .	311
bb) Handlungsfreiheit und Eigentumsschutz . . . . .	312
cc) Weitere verfassungsrechtliche Besteuerungsgrenzen . . . . .	315
(1) Rechtstaatlichkeit und rückwirkende Besteuerung . . . . .	316
(2) Verbot der Überbelastung der Steuerpflichtigen . . . . .	316
(3) Europa- und völkerrechtliche Grenzen. . . . .	317
(4) Erdrosselnde Steuer und Eigentumsschutz. . . . .	317
dd) Sondersteuern und Krisenabgaben . . . . .	318
ee) Existenzminimum als absolute Schranke der Besteuerung . . . . .	319
c) Gleichheitssatz und Systemgerechtigkeit . . . . .	321
d) Tatsächliche Grenzen im Abgabenrecht . . . . .	322
2. Leistungskürzung . . . . .	323
a) Rechtstaatliche Grenzen . . . . .	324
aa) Rechtstaatlicher Eigentumsschutz . . . . .	324
bb) Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot . . . . .	325
cc) Kein bloßer Vorbehalt des Möglichen . . . . .	327
b) Sozialstaatliche Grenzen . . . . .	327
c) Weitgehende Leistungskürzungen im Krisenfall möglich . . . . .	330
3. Eingriff in Eigentumsrechte. . . . .	330
a) Sanierungs- und Notstandseingriffe . . . . .	331
b) Umfang des Eigentumsschutzes . . . . .	332
c) Enteignung, Sozialisierung und Inhalts- und Schrankenbestimmung . . . . .	333
aa) Unterscheidung von Enteignung und Inhalts- und Schrankenbestimmung . . . . .	333
bb) Inhalts- und Schrankenbestimmungen. . . . .	335
cc) Verbot fiskalisch motivierter Enteignung . . . . .	335
dd) Unerprobte Sozialisierung. . . . .	336
ee) Eigentumseingriff nur bei bloßem fiskalischen Zweitnutzen möglich. . . . .	338
d) Sonderregelungen für Ausländer. . . . .	339

aa) Europäische Grundfreiheiten . . . . .	339
bb) Völkerrechtlicher Enteignungsschutz . . . . .	340
(1) Geschriebenes Völkerrecht . . . . .	340
(2) Fremdenrecht. . . . .	341
(3) Investitionsschutzabkommen. . . . .	343
(4) Besonderer Schutz des Vermögens ausländischer Staaten	345
cc) Kompensation durch völkervertragsrechtlichen Schutz	346
e) Umfang von Ausgleich und Entschädigung für	
Maßnahmen zur Bewältigung einer finanziellen Krise . . .	346
f) Erweiterte Eigentumseingriffe nach Verfassungsänderung	348
aa) Entschädigungslose Eigentumseingriffe . . . . .	349
bb) Verfassungsgebotener Bruch von Völkerrecht. . . . .	349
g) Niedrige Sanierungs- und notstandsfeste Grenzen	
des Eigentumszugriffs . . . . .	351
4. Verhältnis der materiellen Eingriffe zueinander. . . . .	352
a) Freiheitsschutz, Sozialstaatsprinzip und leerlaufendes	
Übermaßverbot . . . . .	352
b) Sanierungsgerechtigkeit . . . . .	353
aa) Formale Gleichheit versus Sanierungskomplexität . . .	353
bb) Prinzip der Lastentragungsgleichheit . . . . .	355
c) Gesetzliche Ausgestaltung und sanierungsspezifische	
Differenzierungen. . . . .	355
aa) Sanierungsperspektive . . . . .	356
(1) Zukunftsermöglichung statt Vergangenheitsbewältigung	356
(2) Sicherstellung des öffentlichen Diensts. . . . .	358
(3) Bevorzugung des Produktivvermögens . . . . .	358
(4) Behandlung von Anleihe- und ausländischen Gläubigern	359
bb) Typisierung und Schematisierung . . . . .	361
5. Weitgehende Ausgestaltungsfreiheit bei der Sanierung	
des Staates . . . . .	362
IV. Kaum rechtliche Grenzen für die Selbstsanierung des Staates . .	363

Kapitel 6: Bewältigung finanzieller Krisen  
in bündischen Systemen . . . . . 364

A. Krisenbewältigung im Verbund von Staaten. . . . . 364

I. Bündische Systeme als Begrenzung staatlicher	
Krisenbewältigung. . . . .	364
1. Verlust an autonomen Regelungsmöglichkeiten. . . . .	364
2. Beweglichkeit von Produktionsfaktoren. . . . .	365
a) Einheitlicher Wirtschaftsraum und Kapitalflucht . . . . .	366

b) Schutz der Freizügigkeit . . . . .	366
c) Auswanderungsfreiheit . . . . .	367
d) Schutz vor indirekter Behinderung . . . . .	368
3. Diskriminierungsverbote . . . . .	370
4. Wirtschaftseinheit und Binnenmarkt als Behinderung autonomer staatlicher Sanierung . . . . .	370
II. Spezifische Krisenbewältigungsmechanismen in bündischen Systemen . . . . .	371
 B. <i>Bewältigung finanzieller Krisen im deutschen Bundesstaat</i> . . . . .	372
I. Tatsächlicher Befund und wissenschaftliche Wahrnehmung . . . . .	372
II. Bundesdominanz im deutschen Finanzsystem . . . . .	376
1. Bündischer Beistand im Spannungsfeld von Staatlichkeit und Finanzverbund . . . . .	376
2. Beschränkte eigene finanzrechtliche Sanierungsmöglichkeiten der Länder . . . . .	378
a) Einnahmen . . . . .	379
b) Abbau von landesgesetzlichen Leistungen . . . . .	379
c) Kreditaufnahme . . . . .	381
aa) Landesrechtliche Beschränkungen der Verschuldung . . . . .	381
bb) Haushaltsgrundsätzliche Begrenzungen der Ver- schuldung der Länder . . . . .	382
cc) Grundsätzliches grundgesetzliches Kreditaufnahme- verbot . . . . .	385
dd) Konjunkturbedingte Kreditaufnahme . . . . .	387
ee) Notlagenbedingte Kreditaufnahme . . . . .	388
ff) Kreditaufnahme über Sondervermögen . . . . .	388
gg) Keine außerordentliche Kreditaufnahme wegen bündischer Pflichten . . . . .	389
d) Nur beschränkte finanzielle Handlungsmöglichkeiten der Bundesländer . . . . .	389
3. Starke aktive Rolle des Bundes . . . . .	390
4. Unterschiedliches Sanierungspotential von starkem Bund und passiven Ländern . . . . .	393
III. Finanzausgleich . . . . .	393
1. Funktion des Finanzausgleichs . . . . .	394
2. Anpassung des Finanzausgleichs . . . . .	395
a) Instrumentenvielfalt . . . . .	395
aa) Verteilung der Umsatzsteueranteile . . . . .	396
bb) Horizontaler Finanzausgleich . . . . .	397

cc)	Zugriff auf die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen . . . . .	397
dd)	Mehrbedarfsergänzungszuweisungen und Sonderlastenausgleich. . . . .	398
ee)	Sanierungs-Ergänzungszuweisungen des Bundes . . .	399
	(1) Frühere Rechtslage . . . . .	399
	(2) Änderung durch Berlin-Urteil . . . . .	400
ff)	Keine bündische Hilfe für den Bund im Rahmen des Finanzausgleichs . . . . .	401
b)	Starke Rolle des Bundes im Finanzausgleich . . . . .	401
3.	Abschließlichkeit des Finanzausgleichs . . . . .	402
IV.	Bundesstaatliche Krisenbewältigung jenseits des Finanzausgleichs. . . . .	403
1.	Vorrang bestehender finanzrechtlicher Instrumente . . . . .	404
2.	Investitionshilfen und Notlagen-Finanzhilfen . . . . .	404
3.	Keine Matrikularbeiträge . . . . .	406
4.	Neugliederung als Krisenbewältigung . . . . .	408
5.	Bundesstaatliche Sanierung . . . . .	410
a)	Rechtspolitische Vorschläge . . . . .	410
b)	Sanierung nach dem Stabilitätsratsgesetz . . . . .	412
6.	Verfassungshohes Maßnahmegesetz . . . . .	414
a)	Normative Vorbilder und rechtspolitische Vorschläge . . .	414
aa)	Kriegsfolgenbewältigung . . . . .	415
bb)	Konsolidierungshilfengesetz . . . . .	415
cc)	Entschuldung . . . . .	416
b)	Materielle Vorgaben des Grundgesetzes . . . . .	416
c)	Verfassungshohe Sanierungsregelungen als außerordentliche Krisenbewältigungsinstrumente. . . .	417
V.	Bundesstaatliche Bewältigung des finanziellen Notstands . . . .	418
1.	Notstands-Bundeshilfe . . . . .	419
a)	Dogmatische Konstruktion der Notstands-Bundeshilfe . .	419
b)	Voraussetzungen eines »bundesstaatlichen Notstands«. . .	420
aa)	Unklare Begrifflichkeit der »extremen Haushaltsnotlage« . . . . .	421
bb)	Inhaltliche Voraussetzungen . . . . .	421
cc)	Beitrag des hilfebedürftigen Landes . . . . .	422
dd)	Anspruch auf Hilfeleistung oder objektive Pflicht? . .	423
c)	Inhalt und Umfang der Notstands-Bundeshilfe . . . . .	424
aa)	Hilfeleistungen durch Bund und Länder. . . . .	424
bb)	Grenze der eigenen Leistungsfähigkeit der Geber . . .	425
cc)	Keine Unterwerfung unter bündische Kontrolle . . . .	426
d)	Eignung der Notstands-Bundeshilfe . . . . .	426

2. Unterstützungsbeiträge der Länder für den Bund . . . . .	427
3. Bewältigung finanzieller Krisen durch Bundeszwang . . . . .	427
a) Anwendbarkeit des Bundeszwangs auf finanzielle Krisen im Bundesstaat. . . . .	428
b) Verletzung von Bundespflichten. . . . .	429
aa) Haushaltsnotlage . . . . .	429
bb) Verstoß gegen finanzrechtliche Pflichten . . . . .	430
cc) Zahlungsausfälle als Verstöße gegen Leistungsgesetze . . . . .	431
dd) Verstoß gegen Bundestreue . . . . .	432
ee) Finanzieller Notstand . . . . .	432
c) Durchführung des Bundeszwangs . . . . .	433
aa) Instrumente des Bundeszwangs. . . . .	433
(1) Aufsichtsähnliche Mittel . . . . .	433
(2) Bundeskommissar . . . . .	434
bb) Finanzieller Zwang. . . . .	436
cc) Keine Auflösung eines Landes . . . . .	437
d) Bundeszwang als Sanierungsaufsicht . . . . .	437
4. Grundgesetzlicher Rahmen bundesstaatliche Notstands- bewältigung. . . . .	437
VI. Ausgeformte, aber nicht abgeschlossene bündische Regelungen im Grundgesetz . . . . .	438
<i>C. Bewältigung finanzieller Krisen in der Europäischen Union . . . . .</i>	<i>438</i>
I. Tatsächlicher Befund . . . . .	439
II. Betonung präventiver Regelungen . . . . .	439
1. Wirtschaftspolitische Vorgaben. . . . .	440
2. Verpflichtung auf Stabilitätskriterien. . . . .	440
3. Prinzip der Nichtauslösung . . . . .	442
III. Finanzielle Krisenbewältigung in der Europäischen Union. . . . .	443
1. Rechtliche Bewältigung der finanziellen Krise von Mitgliedstaaten. . . . .	443
a) Keine Kredite durch Notenbanken und Finanz- institutionen der EU . . . . .	443
b) Berücksichtigung der Krise im Defizitverfahren . . . . .	444
c) Unechtes europäisches Finanzausgleichssystem . . . . .	444
d) Krisenhilfe innerhalb der Verträge . . . . .	445
aa) Krisenhilfe bei außergewöhnlichem Ereignis . . . . .	445
bb) Krisenhilfe aufgrund weiterer Bestimmungen . . . . .	447
e) Griechenland-Hilfe . . . . .	448
f) Ausschluss aus Euro-Zone und Austritt aus der Europäischer Union. . . . .	449

2. Unionsweite Krisenbewältigungsmaßnahmen . . . . .	450
a) Kapitalverkehrsbeschränkungen. . . . .	451
b) Konjunkturprogramm . . . . .	451
c) Europäischer Stabilitätsmechanismus. . . . .	451
3. Weitere rechtspolitische Vorschläge . . . . .	453
a) Gemeinsame Euro-Anleihe . . . . .	453
b) Europäischer Währungsfonds (EWF). . . . .	454
c) Europäisches Staateninsolvenzrecht. . . . .	454
d) Europäische Währungsreform. . . . .	455
4. Unterentwickeltes Krisenbewältigungsinstrumentarium in der Europäischen Union . . . . .	455
IV. Bewältigung eines Notstands in Mitgliedstaaten. . . . .	455
1. Durchsetzung europarechtlicher Vorgaben . . . . .	456
a) Vertragsverletzungsverfahren . . . . .	456
b) Sanktionen bei unionswidrigem Verhalten . . . . .	457
2. Kompetenzen bei schwieriger Wirtschaftslage . . . . .	458
Exkurs: Finanzielle Krise der Europäischen Union . . . . .	458
V. Europäische Verantwortlichkeit als Folge der finanziellen Integration . . . . .	460
<i>D. Bündische Systeme als Mittel und Grenze der Bewältigung finanzieller Krisen . . . . .</i>	<i>460</i>

## Kapitel 7: Deutsche Finanzkrise und internationale Verbindlichkeiten . . . . . 462

<i>A. Internationale Verbindlichkeiten und ihre Verbindlichkeit . . . . .</i>	<i>462</i>
I. Vielfalt von möglichen Verbindlichkeiten mit Auslandsbezug . . . . .	463
II. Struktur deutscher internationaler Verpflichtungen . . . . .	464
1. Völkerrechtliche Verbindlichkeiten. . . . .	464
2. Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern und nach ausländischem Recht . . . . .	465
3. Völkerrechtliche Verpflichtungen. . . . .	466
4. Geringe Wahrscheinlichkeit einer internationalen Zahlungskrise Deutschlands . . . . .	468
III. Rechtliche Verbindlichkeit und anwendbare Rechtsordnung . . . . .	468
1. Staatsschulden als Ehrenschnulden. . . . .	468
2. Rechtliche Regelbarkeit durch deutsche Staatsgewalt. . . . .	469
3. Anwendbarkeit des Völkerrechts . . . . .	470
a) Monismus und Dualismus . . . . .	470

b) Verfassungsrechtliche (Selbst-)Beschränkungen . . . . .	472
4. Souveräne Gleichheit der Staaten und Kollisionsrecht . . . . .	473
IV. Folgerungen für diese Arbeit . . . . .	475
<i>B. Fehlende Institutionen völkerrechtlicher Krisenbewältigung . . . . .</i>	<i>475</i>
I. Souveränität und finanzielle Selbständigkeit . . . . .	476
II. Internationale Finanzhilfe und Umschuldungen . . . . .	477
III. Beginn und Elemente einer Institutionalisierung . . . . .	477
1. Unterstellung unter Gläubigeraufsicht . . . . .	478
2. Pariser und Londoner Club . . . . .	479
3. Ansätze der Institutionalisierung internationaler Krisenbewältigung . . . . .	480
IV. Contractual Approach als gegenwärtiger Stand . . . . .	482
V. Humanitäre Hilfeleistungen der Weltgemeinschaft im Notstand	483
<i>C. Nationale Finanzkrise und internationales Recht . . . . .</i>	<i>484</i>
I. Relevanz nationaler Finanzkrisen im Völkerrecht . . . . .	485
1. Pacta sunt servanda . . . . .	485
2. Clausula rebus sic stantibus . . . . .	486
3. Unmöglichkeit und Höhere Gewalt . . . . .	487
4. Staatsnotstand . . . . .	488
a) Staatsnotstand als allgemeines Prinzip . . . . .	488
b) Finanznotstand kein allgemeines völkerrechtliches Prinzip	490
c) Finanzielle Krise als (allgemeiner) Staatsnotstand . . . . .	492
aa) Unklarer materieller Maßstab . . . . .	493
bb) Zeitpunkt . . . . .	494
cc) Unerheblichkeit einer Erklärung des betroffenen Staates . . . . .	494
dd) Einzel- oder Gesamtbetrachtung . . . . .	495
ee) Einrede des Finanznotstands als bloßes politisches Argument . . . . .	496
d) Ausschluss bei Alternativen sowie Mit- und Selbstverschulden . . . . .	496
e) Pflicht zu kooperativem Verhalten . . . . .	497
aa) Verhandlungsbereitschaft . . . . .	497
bb) Möglichkeit anteiliger Befriedigung . . . . .	498
f) Bloßer Zahlungsaufschub als Rechtsfolge . . . . .	499
g) Praktische Unanwendbarkeit der völkerrechtlichen Notstandseinrede bei finanziellen Krisen . . . . .	499
5. Keine sonstigen Einreden . . . . .	500
a) Verstoß gegen Völkerrecht bei Entstehen der Schuld . . . . .	500

b) Bemakelte Schulden . . . . .	501
c) Menschenrechte . . . . .	502
6. Keine materielle völkerrechtliche Einrede bei Finanznotstand	503
II. Privatrechtliche Auslandsschulden vor ausländischen Gerichten	503
1. Maßgeblichkeit des Rechts des Forumstaats . . . . .	503
2. Übertragbarkeit völkerrechtlicher Regelungen auf Rechtsverhältnisse mit Privaten. . . . .	505
a) Finanzieller Staatsnotstand als Bestandteil transnationalen Rechts . . . . .	505
b) Finanzieller Staatsnotstand als zwingendes Völkerrecht . . . . .	506
3. Keine völkerrechtliche Pflicht zum Ausschluss privater Forderungen . . . . .	507
4. (Finanzieller) Staatnotstand als Rechtsfigur des nationalen Rechts . . . . .	507
III. Keine materiellen Einreden des Staates bei internationalen Verpflichtungen . . . . .	508
<i>D. Immunität als Schutz.</i> . . . . .	509
I. Immunität im Entscheidungsverfahren . . . . .	510
1. Internationale Gerichtsbarkeit . . . . .	510
a) Internationale Gerichte . . . . .	510
b) Schiedsgerichte . . . . .	511
c) Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. . . . .	512
2. Staatliche Gerichtsbarkeit über ausländischen Staat . . . . .	512
a) Abschied von der Lehre von der absoluten Immunität . . . . .	512
b) Hoheitliche Eingriffe . . . . .	514
c) Nichtbedienen privatrechtlicher Anleihen und anderer Forderungen . . . . .	514
3. Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes . . . . .	515
II. Vollstreckungsimmunität und Vollstreckungsschutz . . . . .	516
1. Verhältnis von Immunität im Entscheidungs- und im Vollstreckungsverfahren . . . . .	516
2. Völkerrechtliche Durchsetzung von Ansprüchen. . . . .	517
a) Bloße Feststellungswirkung völkerrechtlicher (Schieds-)Gerichtsentscheidungen . . . . .	517
b) Geltendmachung von Ansprüchen als »Selbsttitulierung« . . . . .	518
c) Selbsthilfe bei der Durchsetzung von Ansprüchen . . . . .	518
aa) Gewaltverbot . . . . .	519
bb) Retorsion und Repressalie . . . . .	520
cc) Schutz eines völkerrechtlichen Existenzminimums . . . . .	521
dd) »Recht auf Entwicklung« . . . . .	522

d) Unechte Vollstreckungsimmunität durch Gewaltverbot . . .	522
3. Vollstreckung gegen die Bundesrepublik Deutschland	
im Ausland . . . . .	522
a) Völkerrechtlicher Vollstreckungsschutz . . . . .	522
aa) Kein Zugriff auf Eigentum Privater . . . . .	523
bb) Diplomatische Immunität . . . . .	523
cc) Vollstreckungsbeschränkungen. . . . .	524
dd) Spezieller völkerrechtlicher Vollstreckungsschutz und Immunitätsverzicht . . . . .	527
b) Eingeschränkter Vollstreckungsschutz des Staates im Ausland . . . . .	528
4. Vollstreckung gegen die Bundesrepublik Deutschland in Deutschland . . . . .	528
a) Vollstreckung ausländischer und internationaler Titel in Deutschland. . . . .	529
b) Ordre public . . . . .	530
c) Innerstaatlicher Vollstreckungsschutz gegen ausländische Titel . . . . .	530
III. Patt zwischen Schuldner und Gläubigern . . . . .	531
 <i>E. Begrenztheit der rechtlichen Bewältigung finanzieller Krisen     von Staaten auf internationaler Ebene . . . . .</i>	 532
 <b>Kapitel 8: Öffentlichrechtliche Insolvenz als Rechtsfrage . . . .</b>	 533
<i>A. Zusammenfassung der Arbeit . . . . .</i>	533
Kapitel 1: Einleitung . . . . .	533
Kapitel 2: Begriff . . . . .	534
Kapitel 3: Zahlungsunfähigkeit der Verwaltung. . . . .	534
Kapitel 4: Finanzielle Krise von Verwaltungstrabanten . . . . .	537
Kapitel 5: Finanzielle Krise des Staates. . . . .	541
Kapitel 6: Finanzielle Krise in bündischen Systemen . . . . .	544
Kapitel 7: Internationale Verbindlichkeiten . . . . .	547
 <i>B. Aufgabe, Grenzen und Möglichkeiten des Rechts     in der finanziellen Krise der öffentlichen Hand . . . . .</i>	 550
 Schrifttumsverzeichnis. . . . .	553
Sachverzeichnis . . . . .	583